



 **Anne
Janssen**
Mitglied des Bundestages

AUSGABE I / 2023

Foto: A. Hildebrandt · ToKo, Berlin

Anne Janssen zu Besuch im Europäischen Parlament

Die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen hat im Januar im Rahmen eines Austauschprogramms der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament Termine in Brüssel wahrgenommen und Gespräche zu wichtigen Themen für die Region mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments geführt. Anne Janssen setzte dabei einen besonderen Schwerpunkt auf das Themenfeld Gesundheitsversorgung und die Arzneimittelversorgung. Auch im Gespräch mit Peter Liese MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen und Lebensmittelsicherheit, konnte Anne Janssen dieses Problem diskutieren und über mögliche Lösungsansätze auf Ebene der Europäischen Union sprechen. „Bereits in meinen Gesprächen mit den Europäischen Parlamentariern in der vergangenen Woche wurde deutlich, dass wir unsere Anstrengungen zur Produktion von Wirkstoffen, Arzneimitteln und Medizinprodukten in Europa unbedingt verstärken müssen“, erläutert die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen, „die CDU/CSU-Bundestagsfraktion formulierte dazu in ihrem Antrag daher neun klare Forderungen an die Bundesregierung.“ Laut Antrag sollte die Bundesregierung unverzüglich einen Beschaffungsgipfel unter Beteiligung von Bund, Ländern, Kassen sowie Ärzten und Apothekern einberufen, der sich mit der kurz- und mittelfristigen Beschaffung und Verfügbarkeit von lebenswichtigen Medikamenten und Kindermedikamenten befasst und diese prüft. Zudem sollten verbesserte Verteilungsmöglichkeiten ge-

prüft und ein nationales Frühwarnsystem etabliert werden, um auf künftige Engpässe besser reagieren zu können. „Eine zentrale Forderung unseres Antrages war zudem, wichtige Medikamente insbesondere für Kinder wieder primär in Europa zu produzieren sowie eine Reserve bei Apotheken und Großhändlern aufzubauen. Der Bedarf für eine europäische Lösung wurde mir bereits bei meinen Terminen in Brüssel vonseiten europäischer Parlamentarier dargestellt“ betont Anne Janssen.

Im mit vielen Terminen gefüllten Programm des Besuchs von Anne Janssen in Brüssel standen zudem Gespräche mit Manfred Weber, dem Fraktionsvorsitzenden der EVP-Fraktion, Daniel Caspary, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, David McAllister, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, der Europaabgeordneten Lena Dupont, sowie Gespräche mit weiteren Abgeordneten und Vertretern des Europäischen Parlaments auf der Tagesordnung.



Anne Janssen im Gespräch mit Andrea Laskava, Direktorin der EVP-Fraktion und Marcin Trojanowski, Abteilungsleiter EVP-Fraktion - Foto: EVP Fraktion

Anreize statt Verbote!

Zwang zum Austausch von Öl- und Gasheizungen, Verbrenner-Aus, Werbeverbot für Näscherien – in ihrer Politik setzt die Ampel-Koalition gerne auf Verbote. In einer aktuellen Stunde des Bundestages zeigte die CDU/CSU-Fraktion, dass diese Politik an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei geht. Die Union will stattdessen den mündigen Bürger stärken, indem sie vernünftige Verhaltensweisen fördert.

Für eine Politik des gesunden Menschenverstands warb die umweltpolitische Sprecherin Anja Weisgerber. Als Stichworte nannte sie Freiheit, Technologieoffenheit, Verhaltensanreize. Es gehe darum, die Bürger auf dem Weg in die Klimaneutralität mitzunehmen. Mit Verboten jedoch verspiele die Ampel die Akzeptanz für den Klimaschutz. Auch das Heizen muss schrittweise klimaneutral werden – dabei muss aber realistisch vorgegangen werden. Der Zwang zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen, wie die Ampel ihn plane, ist jedoch nicht umsetzbar, weder personell noch technisch. Wärmepumpen sind nicht lieferbar, Fachkräfte fehlen. Hinzu kommt, dass sich Wohnungseigentümer oder Mieter den Umstieg auf eine andere Heiztechnik oft gar nicht leisten könnten – zumal er in vielen Fällen mit umfangreichen Sanierungen einhergehe.

Daher muss es stattdessen gezielte Förderungen geben, wenn Bürger den Umstieg aus eigenem Antrieb planen. Die Ampel hingegen hat ein Förderchaos angerichtet, indem sie Prämien für energieeffizientes Bauen und Sanieren sogar gekürzt hat. Im Zuge dessen sind Sanierungen um 65 Prozent eingebrochen.

Auch beim Verbot des Verbrennungsmotors sollte Technologieoffenheit geboten sein. Viele Menschen könnten sich den Kauf eines neuen Elektroautos nicht leisten. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollten, müssten deshalb die Fahrzeuge, die auf dem Markt seien, synthetische und Biokraftstoffe tanken können. Auf dem Weg zur Klimaneutralität müssen alle Optionen in den Blick genommen werden. Auch für die deutsche Exportwirtschaft könnte Technologieoffenheit auch neue Chancen bieten.

Gegen das von der Koalition geplante Werbeverbot für Süßigkeiten und Snacks spricht sich die CDU/CSU-Fraktion aus. Es sollte mehr darauf gesetzt werden, Kindern nachhaltig Kompetenzen im Umgang mit gesunder Ernährung zu vermitteln, statt Werbung aus ihrem Alltag zu verbannen. Im Kampf gegen Übergewicht bei Kindern setzt die Union daher auf Ernährungsbildung und Bewegung.

Die Ampel lässt die Kommunen allein

Im vergangenen Jahr sind mehr Menschen nach Deutschland gekommen, als zur Hochzeit der Migrationskrise 2015/2016. Dies hat vor allem mit dem Krieg Russlands in der Ukraine zu tun – bisher sind mehr als eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland vor dem Krieg und seinen Auswirkungen geflohen.

Mittlerweile sind viele Städte und Landkreise bei der Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten an ihre Belastungsgrenze gekommen. Doch beim Mitte Februar veranstalteten Migrationsgipfel wurde – außer weiteren Gesprächen bis Ostern, vorerst nicht viel vereinbart. Dies lässt viele Amtsträger aus den Kommunen und Städten ratlos zurück. Sie fordern spätestens an Ostern feste finanzielle Zusagen und weitere Ideen, wie der Bund unterstützen kann.

„Wir brauchen hier schnelle, verlässliche Lösungen und Zusagen seitens des Bundes, die vor allem nicht auf dem Rücken der Geflüchteten, der hart arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der engagierten Freiwilligen in den Kommunen und Städten ausgetragen werden“, sagt auch Anne Janssen dazu.

Ein Jahr Zeitenwende

Vor kurzem jährte sich der Beginn der russischen Invasion der Ukraine. Das menschliche Leid, das Russland über die Ukraine gebracht hat, ist unermesslich. Hinter den erschütternden Bildern, den Hilfsprojekten und den vielen vor dem Krieg auch zu uns fliehenden Menschen stehen Schicksale und Geschichten. Zwei durfte ich im Februar auf einer Mahnwache in Wittmund hören. Viktoria und Xenia, eine Lehrerin und ihre Schülerin, beide aus Mariupol, gaben uns einen Einblick in ihr Leben. Sie gaben der Sorge der Ukrainer um ihre Heimat und der Hoffnung auf friedlichere Zeiten und eine Rückkehr ein Gesicht. Die Mahnwache bewies auch, ein gemeinsames, Partei- und Generationenübergreifendes Anpacken ist möglich!

Der 24. Februar 2022 markiert einen Epochenbruch. Russland hat mit seinem Angriffskrieg die Grundlagen der internationalen Ordnung infrage gestellt. Hierzu zählen die völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität und politischen Souveränität. Vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU die Ankündigung einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicher-

heitspolitik begrüßt und unterstützt. Bei der Einrichtung des Sondervermögens hat sie durchgesetzt, dass diese Mehrausgaben ausschließlich der Bundeswehr zugutekommen. In dieser Sitzungswoche wird es die Gelegenheit geben, Bilanz zu ziehen: Wo steht

Bundeswehr sind nur zu einem sehr geringen Teil verausgabt. Der Verteidigungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2023 um fast 300 Mio. Euro gesunken. Der Bundeskanzler verschleppt, verzögert und ver stolpert die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands

an die neuen geopolitischen Realitäten, denn die Nationale Sicherheitsstrategie liegt aufgrund Ampel-interner Streitigkeiten immer noch nicht vor. Darüber hinaus sollte die Unterstützung der Ukraine mit einem tragbaren Konzept für Logistik, Ausbildung und Instandsetzung versehen werden und nicht vom politischen Tagesgeschäft getrieben sein. Auch die Aufarbeitung des russischen Angriffskriegs muss Teil der Zeitenwende sein.

Damit die Zeitenwende gelingt, müssen den Ankündigungen des Bundeskanzlers nun endlich entschlossene Taten folgen. Das Geld muss bei der Bundeswehr ankommen. Das Beschaffungswesen muss reformiert werden.

Deutschland muss Führung zeigen, anstatt von seinen Verbündeten getrieben zu werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher seit langem die Vollaussattung der Bundeswehr und die Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO.



Deutschland nach einem Jahr Zeitenwende? Die nüchterne Antwort lautet: Sie findet größtenteils nur auf dem Papier statt. Die Zeitenwende ist zur Zeitlupenwende geworden und die Mittel aus dem Sondervermögen für die

Nach dem Winter ist vor dem Winter

Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung Deutschlands wird auch im Winter 2023/2024 eine Herausforderung. Deswegen müssen jetzt frühzeitig alle notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge ergriffen werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu ein Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung in den Bundestag eingebracht.

Damit zeigt die Union, dass sie auch in dieser Energiekrise als konstruktive Opposition, mit einem klaren Konzept handelt. Dabei spielt die Gleichzeitigkeit bei den energiepolitischen Maßnahmen eine wichtige Rolle: Die CDU/CSU hat die Wasserkraft vor dem Aus bewahrt, die Ampel zur Aufhebung des Biomasse-Deckels und damit zur stärkeren Nutzung der Bioenergie angehalten, den krisenbedingten vorübergehenden Weiterbetrieb der Kernkraft herbeigeführt, dem beschleunigten Netzausbau zugestimmt und die geplante Gasumlage beseitigt. Dort, wo die Ampel im vergangenen Jahr pragmatisch gehandelt hat – bei LNG-Terminals oder der Gasbeschaffung – erkennt die Fraktion diese Leistung an. Gerade deswegen darf die Regierung jetzt nicht selbst dem Präventionsparadox erliegen: Nur weil die Bundesrepublik diesen Winter ohne Blackouts überstanden hat, dürfen wir nicht ohne Weiteres annehmen, dass die Versorgung auch im kommenden Winter gesichert ist.

Gleichzeitig sehen wir vom großen Koalitionsmitglied SPD auf niedersächsischer Ebene puren Aktionismus. Mit dem Ziel: Ausbau der Windenergie bis 2026 sind kürzlich aktuelle Flächenziele ausgegeben worden - doch von Sinnhaftigkeit keine Spur. Viele unserer Kommunen hier im Norden übererfüllen diese bereits. Ein weiterer Ausbau wäre allerdings möglich, denn sie haben reichlich, was andere

“Mangel“-Kommunen nicht haben: Wind! Doch neben dem Fehlen energiewirtschaftlicher Kriterien in der Bewertung gibt es noch weitere Stolpersteine. Allein für das Genehmigungsverfahren einer Windmühle ist nach wie vor eine Unmenge an Unterlagen notwendig. Und auch die fertige Windkraftanlage hilft niemandem, wenn sie wegen fehlender Einspeisekapazitäten stillstehen muss. Von meiner rührigen Landtagskollegin Katharina Jensen aufmerksam gemacht, bestätigte auch ein Austausch mit Michael Lehmann, dem Vorstandsvorsitzenden der Energiegenossenschaft (EG) Wittmund das Problem. Der gesamte Prozess von Antrag bis zur Einspeisung muss in Niedersachsen schneller und verlässlicher werden, sonst verpufft die Kraft einer unserer stärksten nachhaltigen Ressourcen. Während die Ampel also gerade hauptsächlich mit Reparaturgesetzen und internen Streitereien beschäftigt ist, denkt die Union bei der Versorgungssicherheit voraus.

Inhalt des Gesetzentwurfs ist die Ausweitung des Energieangebots. Dafür braucht es eine pragmatische Nutzung aller zur Verfügung stehenden Energieressourcen, auch den vorübergehenden Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke. Knapp zehn Gigawatt aus Kohlekraft sind seit dem Frühjahr 2022 in

das Netz zurückgekehrt. Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung ist damit massiv gestiegen, der Gesamtanteil der Kohle an der Stromerzeugung betrug 36,3 Prozent. Um die Versorgung zu stabilisieren, war das notwendig und richtig. Wenn die Ampel aber nun die letzten vier Gigawatt Kernkraft aus dem Netz nimmt, wird sie noch mehr als nötig auf Kohle setzen müssen und wird damit zur Kohle-Koalition.

Statt wie die Ampel den politischen Streit mit Ländern und Kommunen zu suchen, fordert die CDU/CSU im Gesetz unbürokratische Sofortmaßnahmen, welche die Potenziale beim Ausbau der Erneuerbaren heben: Photovoltaik-Ausbau bei überdachten Parkplatzflächen, Agri-PV, sowie die Aussetzung der Zertifizierungspflichten bei PV-Anlagen.

Die Strompreisbremse der Ampel bremst nicht wie vorgesehen die Strompreise: Verbraucher und Unternehmen ächzen unter den hohen Strompreisen. Der Industriestandort Deutschland ist in Gefahr. Kaum ein Thema treibt die Wirtschaft so um wie die hohen Energiepreise. Es braucht kurzfristige Entlastungen bei den Kosten. Das gilt vor allem mit Blick auf die Wirtschaft. Deswegen müssen als Sofortmaßnahmen Stromsteuer und Mehrwertsteuer gesenkt werden. Gleichzeitig wird die Erlösabschöpfung bei den Energieerzeugern zu einer Strom(-ausbau)Bremse. Die von der Ampel geplante Abschöpfung der Zufallsgewinne funktioniert nicht und bringt zum ungünstigsten Zeitpunkt zusätzliche Unsicherheit in den Markt. Damit werden Investitionen in Erneuerbare Investitionen gehemmt, Ausschreibungen sind seit Monaten deutlich unterzeichnet. Deswegen fordert die Union die Streichung dieser Regelungen im Gesetz – diese Strombremse muss weg.



6 Wochen Praktikum in Berlin

Mein Name ist Pauline Stövhase, ich bin 18 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Im Rahmen meines Studiums hatte ich die Möglichkeit, ein sechswöchiges Praktikum im Büro von Anne Jansen im Deutschen Bundestag zu absolvieren.

In der Zeit vom 20. Februar bis zum 31. März, in der auch das Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stattgefunden hat, konnte ich viele spannende Erfahrungen machen. Im Büro von Anne Jansen wurde ich nicht nur von ihr selbst, sondern auch von ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr freundlich aufgenommen.

Ich konnte Anne Jansen bei vielen Terminen, wie zum Beispiel AGs oder Ausschüssen begleiten und diese auch mit vorbereiten, so

dass ich einen spannenden Einblick bekommen habe, wie die Arbeit im Deutschen Bundestag abläuft, wie politische Entscheidungen diskutiert und getroffen werden. Außerdem hatte ich auch die Möglichkeit, im Plenum live dabei zu sein und mir verschiedene Debatten anzuhören.

Im Rahmen des Praktikantenprogrammes der CDU/CSU-Fraktion gab es viele spannende Veranstaltungen, an denen ich teilnehmen konnte. Ich hatte nicht nur die Gelegenheit verschiedene Führungen, zum Beispiel durch das Abgeordnetenhaus von Berlin oder den Bundesrat, mitzumachen, sondern habe auch spannende Diskussionen, zum Beispiel mit Thorsten Frei und Friedrich Merz, erlebt. Mein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Anne Jansen hat mir viele spannende Eindrü-

cke verschafft, ich wurde herzlich aufgenommen und in alle Abläufe mit eingebunden, so dass ich jetzt viel mehr davon verstehe, wie die Arbeit im Bundestag so funktioniert.



Plenarrede zum Fachkräftemangel in Kitas

Am 09. Februar debattierte der Bundestag in einer Aktuellen Stunde über die prekäre Situation des Fachkräftemangels in Kindertagesstätten. Quer durch alle Fraktionen wurde die Sorge um die Auslastung des Personals deutlich. Dazu betonte Anne Janssen in ihrer ersten Rede in diesem Jahr: „...neben den vielfältigen Belastungen wachsen gleichzeitig auch die Anforderungen und Erwartungen an die Betreuung: Kinder kommen immer häufiger mit Sprachbarrieren, individuellen Entwicklungsdefiziten oder einem erhöhten Förderbedarf in die Kita. Zudem fallen viele Kompetenzen, die früher selbstverständlich in der Familie vermittelt wurden, heute auf das Kitapersonal zurück.“

Insbesondere die letzte Erkältungs- und Grippeperiode brachte das System an seine Grenzen. Verkürzungen der Öffnungszeiten, Zusammenlegung der Gruppen sowie kurzzeitige Schließungen der gesamten Einrichtungen waren die Folge. Eine für Herbst und Winter gewöhnliche Krankheitswelle trifft mittlerweile auf Fachkräfte und Familien, die nach vielfältigen Krisen kaum noch Ressourcen haben.

“Seit 2008 wurden von der unionsgeführten Bundesregierung mehr als 5 Milliarden Euro investiert und 750.000 zusätzliche Kitaplätze geschaffen. Nach diesem massiven Ausbau der



Betreuungskapazitäten ist auch der Personalbedarf immens: Bis 2025 fehlen nach einer aktuellen Expertenschätzung rund 180.000 pädagogische Fachkräfte in den Kitas“, so die Bundestagsabgeordnete mit Blick in die Zukunft.

Nachdem sich die Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher in den letzten Jahren bereits verdoppelt haben, könnten dem

Nationalen Bildungsbericht zufolge nun auch andere, beispielsweise ältere Zielgruppen für neue Ausbildungsformate und Quereinstiege in den Blick genommen werden. Ebenso ließe sich ausscheidendes Personal für einen Verbleib und Teilzeitbeschäftigte zu mehr Stunden motivieren. Hier sind attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die vor allem den psychischen und physischen Gesundheitsschutz stärken, der Schlüssel. Mittelfristig wird aber vor allem das Potenzial der Auszubildenden vernachlässigt: Zwischen 100.000 und 150.000 Studierende sind in pädagogischen Hochschulstudiengängen eingeschrieben und könnten als Werkstudenten angeworben werden, sofern die Länder ihre Ausführungsgesetze und Personalverordnungen anpassen.

Janssen appellierte abschließend: “Ich wünsche mir, dass der wichtige Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nicht nur auf dem Papier besteht. Ich wünsche mir, dass unsere Erzieherinnen und Erzieher ihren Beruf wieder als Profession aus Leidenschaft ausüben können. Und für unsere Kinder wünsche ich mir Lern- und Lebensorte und keine Aufbewahrungsstätten.“

Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht. Bereits im Mai 2022 hat die Union einen Antrag zur Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 7 Prozent in der Gastronomie mit der Forderung eingebracht, den ermäßigten Steuersatz zu entfristen. Im 8. Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen hat die Ampel den ermäßigten Steuersatz aber lediglich bis Ende 2023 verlängert.

Für die Gastronomiebetriebe und auch für die CDU/CSU ist diese abermalige Befristung völlig unverständlich. Mehr noch, die kleinen und mittleren Betriebe, die Restaurant-, Café- oder Bistrobetreiber mahnen

fehlende Planbarkeit und den Schritt in die finanzielle Überlastung an. Das unterstreichen erneut Gespräche in meinem Wahlkreis wie zum Beispiel mit dem Vorsitzenden der DEHOGA Wilhelmshaven, Olaf Stamsen. Gestiegene Kosten für Einkauf und Energie machen den Gastwirten bereits jetzt erheblich zu schaffen. Hinzu kommen immer schmalere Geldbeutel auch bei ihren Kunden, die unter den stark gestiegenen allgemeinen Lebenshaltungskosten ächzen. Wer sich jetzt mit einem Besuch im Lieblingsrestaurant oder in der Eisdielen noch etwas Gutes tut, wird nach einem Preisanstieg im nächsten Jahr vielleicht ganz wegbleiben. Doch auf eigene Kosten abpuffern können die Betriebe den erheblichen Mehrwertsteu-

eranstieg nicht. Mit ihrem Gesetzentwurf will die CDU/CSU daher jetzt eine Planungssicherheit für die gesamte Gastronomiebranche schaffen und eine dauerhafte Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes umsetzen.

Viele Gastronomiebetriebe sind Klein- und Kleinstbetriebe, die mit Leib und Seele Gäste bewirten. Mit der dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer auf die bereits jetzt geltenden 7 Prozent entstünde Planungssicherheit für 160 000 Betriebe, denn 12 Prozent mehr oder weniger sind bei der Preiskalkulation eine entscheidende Größe. Auch in 23 von 27 EU-Ländern ist der Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie verringert.

Wahlrechtsreform schürt Politikverdrossenheit

Die von der Ampel geplante Wahlrechtsreform ist nach Einschätzung der CDU/CSU-Fraktion Betrug am Wähler. Fraktionschef Friedrich Merz bedauerte, dass die Koalition sich ein eigenes Wahlrecht schaffe.

Der Fraktionsvorsitzende sprach vom „Wahlrecht des betrogenen Wählers“. In der Debatte des Plenum des Deutschen Bundestages unterstrich Merz, dass auch die Unionsfraktion „für eine nachdrückliche Verkleinerung des Bundestages“ eintrete. Dafür habe sie zwei eigene Vorschläge vorgelegt, die aber von der

Koalition rundweg abgelehnt worden seien. Es wäre gut gewesen, wenn Koalition und Opposition die Reform gemeinsam verabschiedet hätten, sagte er. Den vorliegenden Reformvorschlag der Koalition werde die CDU/CSU bei der Abstimmung ablehnen. Auch eine „verfassungsrechtliche Überprüfung“ hielt Merz für geboten, wenn die Ampel keine Änderungen mehr vornehme.

Die Reform richtet sich gezielt gegen die CSU, die bei künftigen Wahlen in Gesamtdeutschland über die Fünf-Prozent-Hürde kommen

müsse, obwohl sie nur in einem einzigen Bundesland – Bayern – zur Wahl antrete. Gelingen ihr das nicht, entfielen auch alle ihre in Bayern gewonnenen Direktmandate. Der Vorschlag der Ampel sieht zum einen vor, dass Direktmandate vom Zweitstimmenergebnis gedeckt werden müssen. Überzählige Mandate würden entfallen, wodurch auch einzelne Wahlkreise nicht mehr im Bundestag vertreten wären. Zum anderen können Parteien nicht mehr in den Bundestag einziehen, die mindestens drei Direktmandate erzielen, aber die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen.

Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin

In diesem Jahr konnte Anne Janssen bereits vier Besuchergruppen in Berlin begrüßen.

Im Rahmen von zwei Informationsfahrten konnten bereits rund 100 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis mehrere Tage mit vollem Programm in Berlin verbringen. Dabei durfte ein Besuch im Bundestag und ein Gespräch mit der Abgeordneten natürlich nicht fehlen. Besonders gefreut hat sich Anne Janssen auch über die Teilnahme von Mitgliedern des Objektschutzregiments der Luftwaffe „Friesland“ aus Jever.

Auch zwei Schulgruppen konnten den Bundestag besichtigen: Zwei 11. Klassen und eine 10. Klasse des Niedersächsischen Internatsgymnasiums Esens konnten im Rahmen ihrer Berlin-Fahrten mit Anne Janssen ins Gespräch kommen.



Foto: Bundesregierung - StadtLandMensch-Fotografie



Mammographie bis 75 – bald möglich

Die „Mammo bis 75“ kommt, das ist sicher. Eine gute Nachricht für Frauen und die Brustkrebsvorsorge! Doch bis zum geplanten Start im kommenden Jahr sind noch zahlreiche Punkte offen, die eine fristgerechte Umsetzung ins Wanken bringen könnten. Bei einem Austausch mit Dr. Gerold Hecht, Programmverantwortlicher Arzt des Mammographie-Screening Niedersachsen-Nordwest, wurde deutlich, dass allein die Anpassung des gesetzlichen Rahmens auf Bundesebene uns dem Ziel nur ein Stück weit näher bringt.

Die guten Nachrichten vorweg, mit dem OK des Bundesamtes für Strahlenschutz in Bezug auf die mögliche Strahlenbelastung durch die Vorsorgeuntersuchung ist ein weiterer Meilenstein erreicht. Eine gesetzliche Änderung auf Ebene der Bundesländer, die ebenfalls entscheidend für die Realisierung ist, könnte ebenfalls bereits in den Prozess gehen. Doch hier hakt es jetzt. Für die flächendeckende Einladung der 15-20 Prozent zusätzlichen Frauen bedarf es unter anderem einer Änderung der Meldedatenverordnung. Allerdings haben die Länder bereits angekündigt, hierfür auf den finalen Beschluss des Bundesausschusses zu warten, der in diesem Sommer erwartet wird.

Eine unnötige Verzögerung, denn Zweifel an der Erweiterung des Vorsorge Rahmens sind unbegründet!

Ebenfalls auf der „To Do-Liste“ stehen noch eine Anpassung des Bundesmantelvertrages, der Krebsfrüherkennungsrichtlinie sowie der Strahlenschutzgesetzgebung. Hier besteht Hoffnung auf rechtzeitige Beschlüsse, so dass der Gesetzgeber nicht als „Temposchwelle“ für eine Verlangsamung sorgen wird.



Problematisch könnte es allerdings in der rechtzeitigen Entwicklung/Anpassung der benötigten Software werden. Mit der Erweiterung der Altersrahmens erhalten bislang nach der Umstellung zum Beispiel Frauen eine nicht

notwendige Priorität zugewiesen, die den bisherigen Ablauf durcheinander bringt und dafür sorgen könnte, dass der vorgesehene Untersuchungsturnus bei anderen Patientinnen nicht mehr eingehalten werden kann. Darüber hinaus fehlt es wie an vielen Stellen in der medizinischen Versorgung an Personal. Zwar stocken die Zentren bereits nach ihren Möglichkeiten auf - eine Änderung in der Ausbildungsvergütung in der jüngsten Vergangenheit sorgt für einen erfreulichen Anstieg der Ausbildungszahlen im medizinisch-technischen Bereich. Doch dies ist nicht genug, um den Aufwuchs an Untersuchungen abzufangen. Daher plädiert Gerold Hecht mit seinen Kollegen für eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeit von Medizinischen Fachangestellten als radiologische Fachkräfte für den Einsatz auf den Mammobilien, den mobilen Untersuchungseinheiten. Eine Prüfung in den entsprechenden Bundesministerien läuft bereits.

Es gilt jetzt, auf Bundes- und Länderebene so zeitig wie möglich alle Hebel in Bewegung zu setzen, um eine fristgerechte Umsetzung oder doch zumindest eine möglichst geringe Verzögerung zu erreichen, damit diese lebenswichtige Vorsorge die Frauen rechtzeitig erreicht!

Hat das Handwerk noch goldenen Boden?

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion der CDU Schortens konnte die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung über die Herausforderungen für Handwerksbetriebe diskutieren.

Deutsches Handwerk, das sind über 1 Million Betriebe, 5,6 Millionen Beschäftigte und 650 Milliarden Euro Umsatz. Mit seiner regionalen Verwurzelung ist das Handwerk Ausbilder der Nation und ein Garant dafür, dass die Jugendarbeitslosigkeit so gering ist. 28 Prozent aller Auszubildenden lernen einen Handwerksberuf. Das Handwerk schafft nicht nur hervorragende Produkte und Dienstleistungen: Es gehört zu unserer Kultur, schafft Identität, Zusammenhalt und steht für ein modernes, weltoffenes Deutschland.

Mit der Energiekrise, Inflation und dem Fachkräftemangel stehen deutschlandweit aber Millionen von Betrieben vor gewaltigen Herausforderungen. Zur Lösung dieser Probleme braucht es nicht nur eine kurzfristige Entlastung, sondern vor allem eine langfristige Perspektive. Insbesondere der Fachkräftemangel im Handwerk stellt für viele regionale Betriebe eine große Herausforderung dar.

In der Diskussionsrunde wurde eines immer wieder verdeutlicht: Veränderungen sind notwendig, damit das Handwerk zukunftsfest wird. Dabei spielt die Politik eine maßgebliche Rolle, indem die Rahmenbedingungen insbesondere im Bereich Aus- und Weiterbildung verbessert werden. Zum einen gilt es, die Attraktivität von Ausbildungen wieder zu steigern. Die Union macht sich daher für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung stark: Ein Meisterbrief soll mit

einem Masterstudium gleichgesetzt werden. Denn seit der Abschaffung der Meisterpflicht im Jahr 2004 wurde deutlich, dass in einigen dieser Berufe die Ausbildungszahlen weit überdurchschnittlich zurückgegangen sind. Zugleich ist ein deutlicher Qualitätsverlust in diesen Branchen zu Lasten von Verbrauchern und Vertragspartnern zu spüren. Im Rahmen der Wiedereinführung der Meisterpflicht sollte daher auch geprüft werden, ob die Kosten der Prüfung reduziert werden können.



EU-Aktionsplan bedeutet das Aus für die Küstenfischerei

Nach Plänen der EU-Kommission soll Fischern an der Nordseeküste bereits ab 2024 verboten werden, so genannte „grundberührende Fischerei“ auszuüben. Damit würde das Aus der Küstenfischerei, wie sie seit Jahrhunderten praktiziert wird, besiegelt. Der EU-Aktionsplan sieht ein Verbot der grundberührenden Fischereipraxis in den Nationalparks und Schutzgebieten vor, welches den Verlust wesentlicher Fanggebiete von Dänemark bis in die Niederlande entlang der Nordseeküste und ähnlich an der Ostseeküste zur Folge hat. Denn die Krabbenfischerei findet zu fast 70 Prozent allein in den drei Wattenmeer-Nationalparks statt. Die Muschelfischerei arbeitet nahezu ausschließlich in Nationalparks, wobei von ihr jährlich aber weniger als 1 Prozent der jeweiligen Nationalparkfläche genutzt wird. Somit würden viele kleine handwerkliche Familienbetriebe endgültig ihre Existenzgrundlage verlieren. Das wäre das Ende des Berufsstandes wie wir ihn kennen.

„Jetzt muss unbedingt ein starkes Signal von unserem Agrarminister Cem Özdemir aus Berlin kommen, er muss sich für den Erhalt der Küstenfischerei auf EU-Ebene einsetzen. Die Bundesregierung ist der Küstenfischerei eine klare Positionierung schuldig, dem ist die Ampel-Koalition noch nicht nachgekommen,

weil sie dazu vermutlich noch uneinig sind. Ich sehe daher auch die SPD in der Verantwortung, ihre Regierungsbeteiligung in Niedersachsen und im Bund dafür zu nutzen, sich für den Erhalt der Küstenfischerei einzusetzen. Nur so kann es gelingen, dass auch nach 2024 noch Krabben- und Muschelfischerei im Wattenmeer möglich ist“, fordert die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen.

Die Forderungen nach einer nachhaltigen Fischerei sind mit der MSC-Zertifizierung in großen Teilen bereits erfüllt und es gibt keine Studie, die belegt, dass ein Verbot der Küsten-

fischerei zu einer signifikanten Verbesserung der Lebensräume führt. Dagegen gibt es Studien, die belegen, dass die Form der grundberührenden Fischerei, wie sie hier praktiziert wird, zu keinen nachweisbaren Schäden auf Sandböden führt.

Gemeinsam mit Gitta Connemann MdB und Astrid Damerow MdB hat Anne Janssen sich daher in einem Schreiben an den Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir gewandt und dazu aufgefordert, den Vorschlag der Europäischen Kommission in seiner jetzigen Form zu stoppen.



Termine · Veranstaltungen



Im Gespräch mit der Feuerwehr WHV zur Sicherheitslage des LNG-Terminals mit Olaf Werner



Treffen mit dem Seniorenbeirat Wittmund



Ärzteball des Ärztevereins Wilhelmshaven-Friesland mit Klaus-Peter Schaps



Freisprechung der Auszubildenden des Taktischen Luftwaffenschwaders 71 Richthofen - Foto: D. Redell



Ehrung langjähriger Mitglieder der CDU Wittmund mit dem Wittmunder Kreisvorsitzenden Björn Fischer

Termine · Veranstaltungen



75jähriges Vereinsjubiläum des TuS Strudde



Geschwaderübergabe des Taktischen Luftwaffengeschwader 71 Richthofen



Willumina in Wilhelmshaven mit Olaf Werner und Michael Diers



Tag der offenen Tür der BBS Wittmund



Wilhelmshavener Sailing Cup



Frühstück im Treff am Sonneneck des DRK in Wittmund mit Margret Holzke



Rede beim Taktischen Luftwaffengeschwader 71 Richthofen - Foto: D. Redell



Wahlkreisbüro

Anne Janssen

Mitglied des Bundestages

Am Kirchplatz 4 · 26441 Jever
 Telefon: 044 61 7586144
 anne.janssen@bundestag.de

Foto: ToKo, Berlin



www.annejanssen.de
 fb.me/annejanssen2021
 instagram.com/anne_janssen_26/

CDU